

**Friedensverhandlungen mit Minderheiten:**

**KNU**

Die Friedensverhandlungen zwischen der Karen National Union (KNU) und dem herrschenden Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) schreiten langsam fort. Die letzte große Widerstandsarmee will ein Fünf-Mann-Team aufstellen, welches die nächsten Gespräche führen soll. Allerdings handelt es sich dabei nicht um die politische Führung, sondern um Abgesandte der "zweiten Garnitur". Die Mitglieder des Teams wollen zusammen mit Abgesandten des SLORC zuerst eine Tagesordnung für mögliche Gespräche aufstellen.

Kurz zuvor hatte der erste Sekretär des SLORC und Geheimdienstchef, Khin Nyunt,

erneut an die KNU appelliert, die Waffen niederzulegen und in Verhandlungen zu treten. Auf die Forderung der KNU, daß die Gespräche im Ausland erfolgen sollen, wird die Militärregierung wahrscheinlich nicht eingehen.

**Mon**

Auch die Mon befinden sich in Verhandlungen mit dem SLORC. Vertreter der New Mon State Party (NMSP) und Abgesandte des SLORC trafen sich im März, um über Zuständigkeitsbereiche von Truppen zu verhandeln. Bisher ist weder ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet noch ein neuer Termin vereinbart worden, da die Vertreter der Mon erst Bericht im Hauptquartier erstatten müßten. Ein Sprecher der Mon er-

klärte, daß die Widerstandsgruppen separat Gespräche führen sollten, um den Bürgerkrieg zu beenden und dann in einem zweiten Schritt mit der gemeinsamen Lösung politischer Probleme durch alle Konflikt- und Oppositionsparteien zu beginnen. Die junge Generation in der Führung der Mon hatte sich Ende letzten Jahres entgegen der Politik der Dachorganisation der Minderheiten, der Democratic Alliance of Burma (DAB), zu den separaten Gesprächen entschlossen und im Januar zum ersten Mal mit dem SLORC verhandelt. Eine Fraktion der Mon hat sich im Februar von diesem Kurs distanziert. Zwei Befehlshaber über insgesamt 5.000 Soldaten erklärten, daß sie nicht mit dem SLORC verhandeln würden. Noch Mitte

Februar war es zu Auseinandersetzungen mit der Burmesischen Armee gekommen. Regierungsmedien berichteten von Attentaten und Bombenanschlägen der Mon.

**Karenni**

Eine Armee der ethnischen Karenni, die Karenni National Peoples Liberation Front (KNPLF), hat im Mai die Waffen niedergelegt. An der Zeremonie in Loikaw nahmen 300 Offiziere der Widerstandsgruppe und hohe Offiziere des SLORC, unter ihnen der Erste Sekretär des SLORC, Khin Nyunt, teil. Im Anschluß daran haben Khin Nyunt und der Führer der KNPLF, Tun Kyaw, Gespräche über die Entwicklung der Region begonnen.

vgl. BP 5.,7.,9.4.94, vgl. BBC 28.2.94; TN 1.4.,10.5.94

**Krieg im Goldenen Dreieck spitzt sich zu**

Khun Sa, der Mitte Dezember den Shan-Staat für unabhängig erklärt hatte, hat europäische Staaten zur Unterstützung des Shan-Staates aufgerufen. Er hoffe, so Khun Sa in einem Interview, daß seine Armee, die Mong Tai Army, ihr Herrschaftsgebiet innerhalb von ein bis zwei Jahren soweit ausdehnen könne, daß dann eine Regierung ausgerufen werden könne - zusammen mit sieben anderen ethnischen Gruppen, den Akha, Lahu, Palaung, Pa-O, Tai, Tashin und Wa, die im Shan Gebiet ansässig sind.

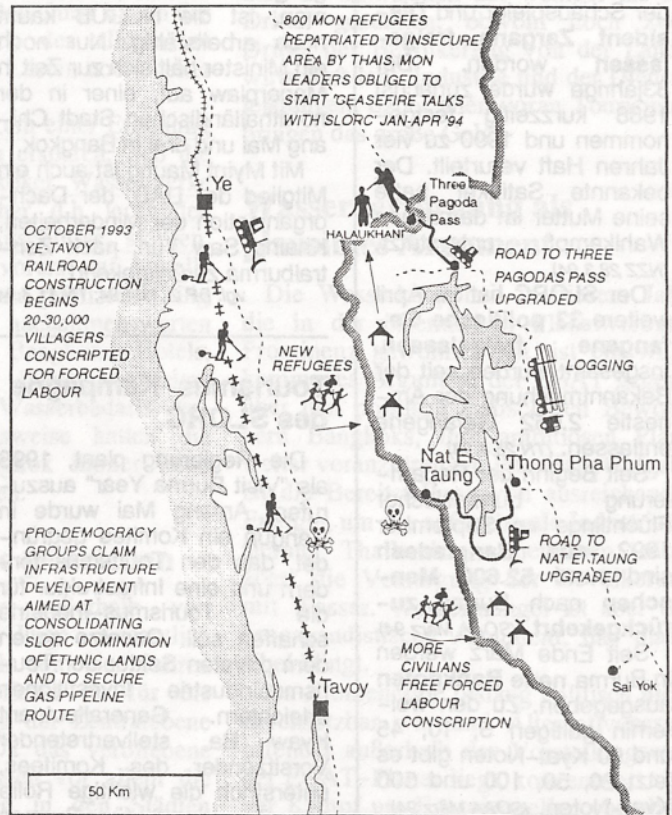
Die Burmesische Armee hat eine Großoffensive gegen die Mong Tai Army (MTA) gestartet. Seit April wurde von heftigen Kämpfen zwischen der MTA und der Burmesischen Armee (BA) inmitten des

Shan-Staates sowie an der thailändisch-burmesischen Grenze berichtet. Hunderte Dorfbewohner sind an die thailändische Grenze geflohen. Sie berichteten, daß die Burmesische Armee durch die Dörfer ziehe, um Menschen zu Trägerdiensten zu rekrutieren. Innerhalb von fünf Tagen seien über 500 - vor allem junge - Männer "eingezogen" worden.

Ein Kommandeur der MTA erklärte, die Mong Tai Army habe eine Gegenoffensive gestartet. Die Mong Tai Army hat ca. 20.000 Mann unter Waffen und ist, da sie sich durch das Drogengeschäft finanziert, z.T. besser ausgerüstet als die burmesische Armee.

vgl. TN 28.4.,2.,3.,5.5.94; RTR 25.5.94

**1993-1994: Zwangsarbeit, erzwungene Waffenstillstände in Burma**



Karte: Green November 32 (siehe dazu auch S. 30)

**Nationalkonvent beschließt Neuordnung des Staates**

Die ca. 700 Delegierten des Nationalkonvents tagten Ende März/Anfang April eine Woche lang. Auf der Tagesordnung stand der Umgang mit ethnischen Minderheiten, die im Gebiet anderer Minderheiten leben. Als erstes einigten sich die Delegierten jedoch auf den zukünftigen Namen des Lan-

des: "Republic of the Union of Myanmar". Die Union soll aus sieben Regionen und sieben Staaten bestehen. Die Staaten sind Gebiete, die von den größten Minderheiten, d.h. den Shan, den Kachin, den Karen, den Arakanesen, den Mon und den Chin dominiert sind; in den Regionen leben die eth-

nischen Burmanen. Die Staaten werden jedoch noch von kleineren Minderheiten bewohnt, deren Vertreter sich auf der Sitzung dafür einsetzten, daß auch sie einen Selbstver-

waltungsstatus erhalten. Diese Problematik wurde auf die nächste Sitzung im September vertagt.

vgl. BP 2.,10.4.94; TN 9.,10.4.94



**Kurzmeldungen**

Die **Democratic Voice of Burma** sendet zur Zeit auf der Kurzwelle 11850 kHz (25 m Band) von 16.30 bis 16.55 Uhr MESZ (das entspricht 21.00 bis 21.25 burmesischer Zeit). Vorher ist auf derselben Frequenz BBC in burmesischer Sprache zu hören. (Korrektur der Meldung in SOAI Nr. 4/93, S. 54)

(eigene Quellen)

Bei einem **Großfeuer** am 24. Januar in Rangun haben nach Berichten des Regierungssenders Radio Rangun 5.000 Menschen ihre Wohnung verloren. Das **japanische Außenministerium** sagte auf Anfrage der burmesischen Regierung **Katastrophenhilfe** im Wert von 8,77 Millionen Yen zu. Über die Japan International Cooperation Agency sollen Decken, Matratzen und Seife geliefert werden. (RTR 25.1.94; BBC 4.2.94)

Nach vier Jahren Haft ist der Schauspieler und **Dissident Zargana freigelassen** worden. Der 33jährige wurde zunächst 1988 kurzzeitig festgenommen und 1990 zu vier Jahren Haft verurteilt. Der bekannte Satiriker hatte seine Mutter im damaligen Wahlkampf unterstützt. (NZZ 28.3.94)

Der SLORC hat im April weitere **33 politische Gefangene freigelassen**. Insgesamt wurden seit der Bekanntmachung der Amnestie 2.052 Gefangene entlassen. (TN 25.4.94)

Seit Beginn der Repatriierung burmesischer Flüchtlinge im September 1992 aus **Bangladesh** sind rund **52.600 Menschen** nach Burma zurückgekehrt. (SOAA März 94)

Seit Ende März werden in Burma **neue Banknoten** ausgegeben. Zu den weiterhin gültigen 5, 10, 45 und 90 Kyat-Noten gibt es jetzt 20, 50, 100 und 500 Kyat-Noten. (SOAA März 94)

**Kubas Außenminister** Roberto Robaina traf im März mit führenden **Mitgliedern des SLORC** zusammen, um über bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investition zu sprechen. (RTR 15.3.94)

**NCGUB kaum noch arbeitsfähig**

Myint Maung, Landwirtschafts- und Forstminister der burmesischen Gegenregierung, ist zum SLORC übergelaufen. Ende März habe er sich krank gemeldet und sei in Thailand verschwunden, erklärte die National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB). Einige Tage darauf gab Myint Maung in Rangun ein Interview, in dem er erklärte, Unstimmigkeiten in der Parallelregierung und Enttäuschung darüber, daß fast alle ethnischen Gruppen inzwischen Gespräche mit dem SLORC führten, seien ausschlaggebend für seine Rückkehr. Nachdem schon 1991 zwei Mitglieder der in Manerplaw ansässigen Parallelregierung übergelaufen waren, zwei weitere 1993 ermordet wurden und der Premierminister Dr. Sein Win sowie ein weiterer Minister im westlichen Ausland festsetzen, da sie keine Einreisegenehmigung nach Thailand bekommen, ist die NCGUB kaum noch arbeitsfähig. Nur noch ein Minister hält sich zur Zeit in Manerplaw auf, einer in der nordthailändischen Stadt Chiang Mai und drei in Bangkok.

Mit Myint Maung ist auch ein Mitglied der DAB, der Dachorganisation der Minderheiten, Khaing Saw Tun, nach Zentralburma zurückgekehrt.

vgl. BP 2., 11.4.94; TN 11.4.94

**Tourismus-Kampagne des SLORC**

Die Regierung plant, 1996 als "Visit Burma Year" auszurufen. Anfang Mai wurde in Rangun ein Komitee gegründet, das den Tourismus fördern und eine Infrastruktur für die Tourismus-Industrie schaffen soll. Gesetze sollen dem privaten Sektor der Tourismusindustrie Investitionen erleichtern. Generalleutnant Kyaw Ba, stellvertretender Vorsitzender des Komitees, unterstrich die wichtige Rolle des Tourismus für Burmas Wirtschaft. Burma hofft, in diesem Fiskaljahr 100.000 und in den nächsten drei Jahren 500.000 Touristen anzuziehen. Seit Ende letzten Jahres können Besucher ein Visum für 28 Tage erhalten, statt wie bisher für 14 Tage.

vgl. TN 3.5.94

**Zwangsrepatriierung aus Thailand**

Die National Democratic Front (NDF) hat eine Stellungnahme zur künftigen Behandlung von Flüchtlingen in Thailand veröffentlicht. Das Bündnis, an dem elf ethnische Minderheiten beteiligt sind, äußerte die Befürchtung, daß die thailändischen Behörden aufgrund der zur Zeit laufenden Friedensverhandlungen einiger Minderheiten mit dem SLORC bald auf die Repatriierung der ca. 70.000 burmesischen Flüchtlinge in Thailand drängen könnten. Die Organisation wies darauf hin, daß viele Menschen ihre Häuser verloren hätten und in großer Angst vor Verfolgung durch Truppen des SLORC lebten. Die Flüchtlinge sollten auf keinen Fall zur Rückkehr gezwungen werden und alle Probleme, die die Menschen zur Flucht veranlaßt hätten, sollten vorher gelöst sein. Die NDF erklärte weiter, daß Waffenstillstände diese Probleme nicht zwangsläufig aufheben würden. Repatriierungsmaßnahmen sollten von unabhängigen Beobachtern begleitet werden.

Thailändische Behörden hätten erst kürzlich ein Flüchtlingslager aufgelöst und die 7.000 (anderen Angaben zufolge 8.000) dort lebenden Mon gezwungen, die Grenze zu überqueren. Die thailändischen Behörden bestehen dagegen darauf, daß der Ort, an den die Flüchtlinge umgesiedelt worden sind, sich auf thailändischem Territorium befinde.

vgl. TN 1.4.94, NDF 26.3.94

**Auseinandersetzungen im Arakan-Staat**

In einer Pressemitteilung gab die Rohingya Solidarity Organisation (RSO) im Mai an, daß ihre Armee in den letzten beiden Monaten mehrere Zusammenstöße mit der burmesischen Armee gehabt habe. Dabei seien auf beiden Seiten Soldaten ums Leben gekommen. Außerdem berichtet die RSO von Zwangsdiensten, zu denen die Bevölkerung vom Militär herangezogen werde. 20.000 Dorfbewohner seien

**Burma bald ASEAN-Mitglied?**

Burma wird im Juli am Treffen der ASEAN-Außenminister in Bangkok als Gast Thailands teilnehmen. Im April stattete Prasong Soonsiri in seinen Eigenschaften als thailändischer Außenminister und als Vorsitzender des ständigen Ausschusses des ASEAN-Staatenbundes Burma einen Kurzbesuch ab, bei dem er den burmesischen Außenminister Ohn Gyaw einlud. Thailand hatte sich ursprünglich für eine Einladung seitens des gesamten Staatenbundes stark gemacht. Die sechs Mitgliedsländer einigten sich Ende April aber darauf, daß Burma allein vom Gastgeber Thailand eingeladen wird, da Burma nicht genügend "positive Gesten" gezeigt habe, die eine Einladung durch den Staatenbund rechtfertigen könnten.

Burma wird nur an der Eröffnungsveranstaltung und am offiziellen Dinner teilnehmen. Vor allem Indonesien, Malaysia und die Philippinen hatten sich gegen eine Teilnahme Burmas an den sonstigen Veranstaltungen und Diskussionen ausgesprochen, da sie befürchteten, daß ASEAN an Glaubwürdigkeit gegenüber den westlichen Staaten verlieren könnte.

Die muslimisch geprägten Staaten des ASEAN-Bundes kritisieren Burma zudem weiterhin wegen der Situation der überwiegend muslimischen Flüchtlinge, die vor den Repressalien des Regimes nach Bangladesch geflohen sind.

Neben Burma sind auch die Außenminister von Kambodscha und den Fidschi-Inseln von Thailand eingeladen worden.

vgl. BP 24.2., 21., 26.4., 4.5.94; TN 7., 12., 20., 21., 26., 28.4., 4.5.94

von der burmesischen Armee zu Trägerdiensten gezwungen oder als menschliche Schutzschilde auf Minenfeldern eingesetzt worden.

vgl. RTR 25.5.94